

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Poststr. 2-4 · Tübingen

An die

Vertreterinnen und Vertreter der Presse

Kreisverband Tübingen

Kreisvorstand

kreisvorstand@gruene-
tuebingen.de

Geschäftsstelle

Poststr. 2-4

72072 Tübingen

Tel.: +49 (7071) 51496

bueror@gruene-tuebingen.de

www.gruene-tuebingen.de

PRESSEMITTEILUNG

Tübingen, 31. Januar 2025

Die CDU schuldet der Öffentlichkeit, dem Bundestag und auch den anderen Parteien eine Klarstellung ihres Verhältnisses zur AfD

*Stellungnahme des Kreisvorstandes Tübingen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zur Pressemitteilung des CDU-Stadtverbandes vom 29.01.25*

Mit vielen Menschen in Tübingen und im ganzen Land verbindet uns die Sorge um die politische Entwicklung in Deutschland. Deshalb unterstützen wir den Aufruf von Mitgliedern des Tübinger Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte, der großen Rückhalt in Tübingen gefunden hat.

Die Verbrechen in Aschaffenburg und anderen Orten erschüttern uns alle, auch und gerade diejenigen, die sich für ein friedvolles, offenes und solidarisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft einsetzen. Und wir suchen nach Lösungen, die dieses wichtige Gut auch weiterhin erhalten.

Das von Friedrich Merz und der CDU im Bundestag zur Abstimmung gebrachte Maßnahmenpaket zu einem Wechsel in der Migrationspolitik, der sogenannte Fünf-Punkte-Plan, wird von der Fachwelt einhellig als Grundgesetz- und Europarechtswidrig eingeschätzt. Die CDU hat aber sämtliche Einwendungen ignoriert und eine inhaltliche und demokratische Auseinandersetzung vermieden.

Der CDU Stadtverband versucht jetzt, die Verantwortung anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Parteien zuzuschreiben, auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diese Ablenkungsdebatte können wir nicht akzeptieren.

Die Auseinandersetzung und Diskussion über angemessene Maßnahmen hätten vor einer Abstimmung im Bundestag stattfinden müssen. Merz wollte nicht die Auseinandersetzung sondern die Zustimmung erzwingen, in dem er den Inhalt für nicht verhandelbar erklärt hat. Mit der Zustimmung, die er bekommen hat, will er jetzt aber nichts zu tun haben.

Die bereits in den Tagen vor der Abstimmung angekündigte Zustimmung der AfD zu seinen Plänen hat er billigend und mit der Begründung in Kauf genommen, er könne nichts dafür, wenn die

Falschen den richtigen Vorschlägen zustimmen würden. Allein diese Darstellung beinhaltet eine Verweigerung, sich einem schwierigen und konflikthaften Thema und einer sachgerechten Auseinandersetzung zu stellen. Welche Erleuchtung ist es denn, die ihm die Sicherheit gibt, dass nur sein Vorschlag der richtige Weg sei? Sachliche Gründe sind es nicht. Die demokratische Öffentlichkeit, die Zivilgesellschaft und die christlichen Kirchen protestieren, – selbst die ehemalige Bundeskanzlerin und CDU-Parteivorsitzende, Dr. Angela Merkel, meldet sich zu Wort und bezeichnet das Vorgehen der CDU als staatspolitisch verantwortungslos. Aber die CDU und ihr Kanzlerkandidat lassen sich nicht beirren.

Nach Darstellung des CDU-Stadtverbandes soll es jetzt sogar die letzte Bundesregierung gewesen sein, die die wachsende Zustimmung zur AfD in den letzten Jahren verdoppelt habe. Es gibt in der Sozialwissenschaft viele Erklärungsansätze für diese Entwicklung. Der hier von der CDU vorgebrachte ist nirgendwo zu finden. Und er klingt wie die Aufkündigung des demokratischen Diskurses den sie gleichzeitig einfordert. Was sie einfordert ist aber nicht Diskussion sondern Zustimmung. Etwas anderes kann sie sich nicht vorstellen.

Liebe CDU, fast in jeder Sackgasse gibt es eine Wendemöglichkeit. Dreht um. Versteigt Euch nicht noch weiter in absurde Argumentationen, mit denen ihr nur, wie euch im Bundestag von einem eurer Unterstützer zugerufen wurde, der AfD folgen könnt.

Gerne stehen wir für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Bitte wenden Sie sich an:

Klaus Kittler (Mitglied des Kreisvorstands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Tübingen)

Mobil: 0174 3340 959

klaus.kittler@gruene-tuebingen.de